

### KLARTEXT



#### KLIMA. GERECHTIGKEIT. SPD.

Alle reden vom Klima. Aber nicht alle haben begriffen: Der Klimawandel verändert alles. Nicht nur das Wetter, sondern Leben und Denken, Lebensformen, Weltbilder, Wirtschaftssysteme, Gerechtigkeitsvorstellungen, unsere bisherige Gesellschaft. Er ist die Überlebensfrage für Generationen. Also eine, die politische Antworten verlangt, ökologische, ökonomische, soziale, ethische.

Also sozialdemokratische.

Die SPD ist gefordert. Wenn wir uns erneuern und unseren Markenkern „Soziale Gerechtigkeit“ wieder schärfen wollen, müssen wir ihn auf die Höhe der Zeit bringen.

Wir müssen begreifen: Die Verhinderung einer Klimakatastrophe verlangt nicht nur Umdenken, sondern ein radikales politisches Umsteuern. Das kostet – und wird deshalb nicht ohne Verteilungskämpfe gehen: lokal, national, international.

Eine Streitfrage wird sein: Wer soll das bezahlen? Es geht also einmal mehr um Solidarität.

Die SPD-Landtagsfraktion setzt sich nicht nur im Bayerischen Landtag, sondern überall in unserem Land für die notwendigen Kurskorrekturen ein: für den Atomausstieg, für erneuerbare Energiequellen, für Energieeffizienz und Energieeinsparung.

Darüber müssen wir miteinander reden und darüber müssen wir streiten – mit denen, die längere Laufzeiten für Kernkraftwerke durchsetzen wollen.

Jetzt.

Markus Rinderspacher, MdB  
Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion

## FÜR BAYERNS ZUKUNFT! RAUS AUS DER KERNKRAFT!



Über 30.000 Menschen bringen den Protest gegen längere Laufzeiten von Atomkraftwerken in den Bayerischen Landtag.

Von Natascha Kohnen, MdB, Mitglied des Vorstands der SPD-Landtagsfraktion und Generalsekretärin der BayernSPD

**D**er Aufruf der SPD-Landtagsfraktion hatte Erfolg. Mehr als 30.000 Menschen in Bayern haben die Massenpetition „Ja zum Atomausstieg! Keine Laufzeitverlängerung für Kernkraftwerke!“ unterzeichnet. Sie bestehen darauf, dass es bei der vor 10 Jahren von der rot-grünen Bundesregierung durchgesetzten Ausstiegsvereinbarung bleibt. Jetzt muss sich der Bayerische Landtag mit dem Protest der Bürgerinnen und Bürger gegen die Laufzeitverlängerungs-Pläne der schwarz-gelben Koalitionen in Bayern und Berlin befassen. Die Botschaft ist klar: Am Atomausstieg darf nicht gerüttelt werden.

Dass in der kurzen Eintragungszeit über 30.000 Menschen unterschrieben haben, zeigt: Die große Mehrheit der Bevölkerung will keine Atomkraft mehr. Der hohe Zuspruch unterstützt uns im weiteren Kampf für den Atomausstieg.

Im Gegensatz zur schwarz-gelben Regierung, die sich bei der angestrebten Dauer der Laufzeitverlängerung und der Einführung einer Brennelementesteuer nicht einmal auf eine Linie einigen kann, hat die SPD-Landtagsfraktion klare Forderungen an die Atom-Koalitionen in Bund und Land:

■ Der von Industrie und Politik im Jahr 2000 geschlossene Atomkonsens ist umzusetzen.



### JA ZUM ATOMAUSSTIEG!

18. September: Großdemo in Berlin  
Mitte Oktober: Großdemo in München

Ein breites Bündnis aus Bürgerinitiativen, Umweltverbänden, Gewerkschaften, Parlamentsfraktionen und Parteien mobilisiert gegen längere Laufzeiten für Kernkraftwerke.

Weitere Informationen demnächst:  
[www.bayernspd-landtag.de](http://www.bayernspd-landtag.de)



FOTOS: ROLF POSS

Mehr als 30.000 Unterschriften für den Atomausstieg. SPD-Fraktionschef Markus Rinderspacher, MdB, BayernSPD-Generalsekretärin Natascha Kohnen, MdB, und Umweltsprecher Ludwig Wörner, MdB, vor der Übergabe der Massenpetition an den Landtag.



Jetzt ist der Protest gegen die Laufzeitverlängerung im Landtag. Natascha Kohnen bei der Petitionsübergabe an Landtagspräsidentin Barbara Stamm.

■ Die im Atomgesetz fest definierten Reststrommengen der bestehenden Atomkraftwerke sind nicht zu verändern.  
■ Alle Atomkraftwerke sind nach Erreichen der fest definierten Reststrommengen abzuschalten.  
Mit dem im Jahr 2000 vereinbarten Atomkonsens hatten sich die Betreiber der deutschen Kernkraftwerke und die Bundesregierung dazu verpflichtet, geordnet aus der Nutzung der Atomenergie auszusteigen. Eine Verlängerung der Laufzeiten bedeutet jedoch den Bruch des Atomkonsenses und gefährdet massiv die Investitionssicherheit und Innovationsbereitschaft für den Ausbau erneuerbarer Energien. Statt Laufzeiten für die Atomkraftwerke zu verlängern, sollte das Stromsystem zügig auf eine Umstellung hin zu den Erneuerbaren Energien vorbereitet werden.  
Unsere Massenpetition ist ein eindeutiges Signal der Menschen in Bayern an die schwarz-gelbe Regierungskoalition: Ja! zum Atomausstieg! Keine längeren Laufzeiten für Kernkraftwerke! ■

# 10 JAHRE ATOMKONSENS – DER AUSSTIEG IST IN GEFAHR

Nach wie vor bedient Schwarz-Gelb zuerst die Interessen der Atomlobby. Gegen Laufzeitverlängerung geht die SPD vors Verfassungsgericht.

**V**erlängerung der Laufzeiten, die mögliche Einführung einer Brennelementesteuer, kontroverse Debatten um Gorleben und Asse – die Atomkraft ist im Gespräch wie lange nicht mehr. Und dies auf allen Ebenen: in den Parlamenten, in den Bürgerinitiativen gegen Atomkraft und den großen Umweltverbänden.

Dass gegen die Atomkraft bundesweit wieder viele Menschen auf die Straße gehen, haben in den vergangenen Monaten die Umzingelungen der Atomkraftwerke Ahaus und Biblis sowie die 120 km lange Menschenkette zwischen den AKW Krümmel und Brunsbüttel eindrucksvoll gezeigt. Einer der Teilnehmer der Menschenkette war SPD-Chef Sigmar Gabriel, der wie in seiner Zeit als Bundesumweltminister klar für den Atomausstieg Stellung bezogen hat.

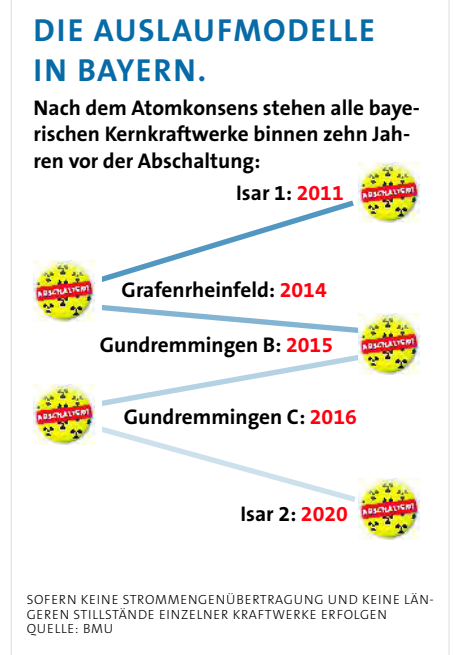
In Bund und Ländern leistet die SPD seit mehr als 25 Jahren Widerstand gegen die Atomkraft. So wurde 1986 der Ausstieg aus der Atomenergie beschlossen. 1998 wurde der Atomausstieg im rot-grünen Koalitionsvertrag fixiert. Zwei Jahre später hat die rot-grüne Bundesregierung gemeinsam mit den Energiekonzernen den Konsens über den Ausstieg aus der Atomenergie ausgehandelt. 2002 wurde der Atomkonsens mit der Novelle des Atomgesetzes umgesetzt. Festgelegt wurden Strommengen, die jedes einzelne Kernkraftwerk noch produzieren darf. Dann wird abgeschaltet: ein Atommeiler nach dem anderen. Zwei sind schon weg. Und in 12 Jahren muss Schluss sein. Endgültig.

Auch im Koalitionsvertrag von 2005 haben CDU und CSU auf Druck der SPD den Atomausstieg akzeptiert.

Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat sich jedoch zum Ziel gesetzt, den Atomkonsens zu kippen und die Laufzeiten der Kernkraftwerke zu verlängern. CDU-Umweltminister Röttgen fordert 10 Jahre, FDP-Wirtschaftsminister Brüderle 15, das Land Baden-Württemberg 17 und die Atombranche gleich 28 Jahre.

## Schwarz-Gelb ist ein Sicherheitsrisiko

Zusätzlich soll es eine neue Brennelementesteuer geben, die jährlich dem Fiskus 2,3 Milliarden Euro bringen und damit Teile der Gewinne aus einer Laufzeitverlängerung abschöpfen soll. Ob die



Brennelementesteuer unabhängig oder abhängig von der Verlängerung der Laufzeiten kommt, darüber wird in der Union ebenfalls gestritten. Mittlerweile sogar darüber, ob sie überhaupt kommen soll. Bei allen Streitigkeiten innerhalb der Koalition um die Atomkraft zeigt sich deutlich: nach wie vor bedient Schwarz-Gelb zuerst die Interessen der Atomlobby und denkt nicht an die Befindlichkeiten der Bevölkerung. Dass über zwei Drittel der Bevölkerung die Atomkraft schon lange nicht mehr wollen, belegen Umfragen. Die SPD wird weiter für einen Ausstieg aus der Atomkraft kämpfen, in den Parlamenten, aber auch auf der Straße, gemeinsam mit den Umweltverbänden und den Bürgerinitiativen.

Und: Wenn Schwarz-Gelb den Bundesrat bei ihrem Versuch, längere Laufzeit durchzusetzen, übergehen will, geht die SPD in Bund und Ländern vors Bundesverfassungsgericht. ■

# TARNEN, TRICKSEN, TÄUSCHEN. SCHWARZ-GELBE TRADITION IN DER ENDLAGERFRAGE

Was hat Gorleben mit Bayern zu tun? Es liegt weit weg im äußersten Nordosten von Niedersachsen. Derzeit hat ein Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestags zu klären, ob die Entscheidung vor 35 Jahren, im Gorlebener Salzstock ein Atommüll-Endlager einzurichten, überhaupt wissenschaftlich abgesichert war. Beginnt die Suche nach einem Endlager von Neuem? Schon gerät Bayern als großer Atommüllproduzent in den Fokus. Dass das nicht abwegig ist, zeigen unsere tschechischen Nachbarn, die nur rund 40 km von der deutschen Grenze entfernt ein Endlager für ihren Atommüll planen.

## 3 FRAGEN AN UTE VOGT, MDB, SPD-OBFRAU IM GORLEBEN-UNTERSUCHUNGS-AUSSCHUSS.



### Was ist so problematisch am sogenannten „Erkundungsbergwerk“ Gorleben?

Die Entscheidung für Gorleben war eine politische Entscheidung. Die Politik hat sich damals über die Bedenken von Geologen und anderen Wissenschaftlern hinweggesetzt. Es wurde nicht nach dem bestmöglichen Standort für ein Endlager gesucht, sondern nach einem, an dem man keinen Widerstand vermutete. Die Erkundung Gorlebens ohne Suche nach Alternativen war damals falsch und ist es auch heute. Wir haben die Bundesregierung deshalb aufgefordert, die Ergebnisse des Untersuchungsausschusses abzuwarten, bevor die Erkundung Gorlebens wieder aufgenommen wird. Schwarz-Gelb will aber Fakten schaffen und untergräbt unseren Untersuchungsauftrag. Gorleben soll weiter erkundet werden, um die Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken zu legitimieren. „Tarnen, Täuschen, Tricksen“, dies ist wohl die schwarz-gelbe Tradition in der Endlagerfrage. Wissenschaftliche Erkenntnisse werden im Zweifelsfall einfach beiseite geschoben, um Gorleben als Endlager zu zementieren.

### Welche Erkenntnisse liegen denn schon vor?

Bisher haben wir zwei Anhörungen von Sachverständigen und eine Befragung von Zeugen durchgeführt. Unsere Zweifel an der Auswahl Gorlebens wurden jeweils bestätigt. Die Empfehlung der Wissenschaftler zur Erkundung alternativer Standorte wurde aus dem Bericht zur Gorleben-Eignung gestrichen. Stattdessen gab es eine Weisung der Bundesregierung.

### Welche Unterschiede bestanden bei der Ausweisung zum „Erkundungsbergwerk“ Gorleben zwischen den wissenschaftlichen Fakten und den politischen Entscheidungen?

Politisch wurde Gorleben als alleiniger Standort für die weitere Endlagersuche bestimmt. Wissenschaftlicher Standard war aber bereits damals ein vergleichendes Verfahren. So forderten Wissenschaftler die gleichzeitige Erkundung mehrerer möglicher Standorte. Von der Politik wurde aber nicht nur dies ignoriert. Die Geologie ist entscheidend für die Sicherheit eines Endlagers. Das Deckgebirge des Salzstockes Gorleben weist sicherheitsbezogene Defizite auf und ist daher nur begrenzt als geologische Barriere zu bewerten. Die Erkundung erfolgte nicht nach geologischen Erfordernissen, sondern entlang vorhandener Salz- und Eigentumsrechte. Der zentrale Aspekt geologischer Sicherheit, die Endlagergeologie, hatte bei der Auswahl des Standortes Gorleben nur einen Anteil von 12,8 Prozent.

## SÖDER PROVOZIERT ENDLAGER IN BAYERN

Bayerns Umweltminister nimmt mit seiner Forderung nach Laufzeitverlängerungen der Atomkraftwerke riesige Mengen an zusätzlichem Atommüll in Kauf. Die Endlagerfrage ist aber bisher weltweit ungelöst. Es gibt zurzeit nirgendwo ein sicheres Endlager. Falls sich der Standort Gorleben als ungeeignet herausstellen sollte, weiß keiner, wohin mit dem bayerischen Atommüll. Wer so vehement für längere Laufzeiten eintritt, provoziert die Endlagersuche in Bayern.



# KLIMASCHUTZ ENDLICH ERNST NEHMEN

## 10 HANDLUNGSFELDER FÜR BAYERN

Von Ludwig Wörner, MdL, umwelt- und energiepolitischer Sprecher der BayernSPD-Landtagsfraktion



Die Menschen in Bayern sind motiviert. Fast die Hälfte der bundesdeutschen Anträge zur Nutzung erneuerbarer Energien ist aus Bayern gekommen.

Fast die Hälfte der deutschen Biogasanlagen steht in Bayern. Bayerische Städte und Gemeinden, kleine wie große, entwickeln eigene Konzepte, um energieautark zu werden; einige haben es bereits geschafft.

Bayern hat Standortvorteile: 20 Prozent mehr Sonnenstunden als der Bundesdurchschnitt und riesige Vorräte von Tiefenwärme. Trotzdem geht in Bayern der Abbau der CO<sub>2</sub>-Emissionen langsamer voran als in anderen Bundesländern. Es liegt nicht am Bewusstsein der Menschen. Es liegt nicht an den Kommunen.

Es liegt an der Halbherzigkeit der schwarzgelben Staatsregierung und ihrer Parlamentsmehrheit, die den Kampf gegen den Klimawandel nicht aufnehmen.

### Die Forderungen der SPD-Landtagsfraktion:

1. Bayern muss den gleichen Beitrag leisten wie die anderen Bundesländer: 40 % weniger CO<sub>2</sub> bis zum Jahre 2020.

2. Einen jährlichen Klimabericht für Bayern mit eindeutigen Zielen und Evaluation der durchgeführten Maßnahmen.

3. Die Staatsregierung muss ihre auf Freiwilligkeit basierenden „Pakte“ (Klimapakt, Umweltpakt) auf Effizienz prüfen.

4. Der Atomkonsens muss mit exakt definierten Abschaltterminen für die einzelnen Reaktoren eingehalten werden; damit sind die Ausbauziele und auch die notwendigen Investitionen in erneuerbare Energien berechenbar.

5. Bayern muss eigene Anreizprogramme zum Einsatz erneuerbarer Energien, zu höherer Energieeffizienz und zum Energiesparen auflegen.

6. Die Staatsregierung muss die bayerischen Städte, Landkreise und Gemeinden bei ihrem Streben nach Energieautarkie unterstützen – sowohl finanziell als auch logistisch-organisatorisch.

7. Energieagenturen und Energieprojektmanagement müssen flächendeckend zumindest auf der Ebene der Landkreise und der Kreisfreien Städte aufgebaut werden. Der Freistaat muss sich auch beim laufenden Betrieb und beim Know-how-Transfer an die Nutzer finanziell en-

**Bayern erneuerbar!**  
...mit der besseren Förderung der regenerativen Energien.



FOTO: ISTOCKPHOTO.COM

gagieren. Das große Interesse von Bürgern, Handwerk, Mittelstand, Handel, Vereinen und Öffentlichen Einrichtungen sollte nicht länger ins Leere laufen.

8. Die Staatsregierung muss die hohen Standards am Wissenschaftsstandort

Bayern nutzen, um einen Forschungs- und Entwicklungsschwerpunkt für Erneuerbare Energie, höhere Energieeffizienz und Energieverbrauchsvermeidung aufzubauen. Das eröffnet weitere Exportchancen und ist Grundlage für neue, qualifizierte und sichere Arbeitsplätze.

9. Die Staatsregierung darf den Raubbau an tropischen Regenwäldern zum Anbau von Energiepflanzen nicht auch noch mit Subventionen unterstützen. Wenn ein bayerisches Kraftwerk mit Palmöl betrieben wird, ist wahrscheinlich wertvoller Regenwald geopfert worden.

10. Die Erlöse der Bayerischen Staatsforesten, dürfen nicht in der Reservekasse des Finanzministers landen, sie müssen in den notwendigen Umbau in stabile Mischwälder, die dem Klimawandel trotzen können, fließen. Und in die Sanierung der Berg- und Schutzwälder. ■

## ATOMKRAFT ABSCHALTEN, KLIMASCHUTZ EINSCHALTEN

### Wie sieht der Bund Naturschutz die Pläne der Bundesregierung, die AKW-Laufzeiten zu verlängern?

Neue Kohlekraftwerke, längere Laufzeiten für die deutschen Atommeiler und ein steigender Stromverbrauch blockieren eine zukunftsfähige, verbraucher- und klimafreundliche Stromversorgung. In dem von der Bundesregierung für den Herbst angekündigten Energiekonzept droht ein entscheidender Faktor völlig vernachlässigt zu werden – die Steigerung der Energieeffizienz.

### Welche Chancen bringt der weitere Ausbau der erneuerbaren Energien?

Die Chance besteht neben dem Ausstieg aus der risikoreichen Kernenergie auch in der Errichtung dezentraler Bürgersolar- und Bürgerwindkraft-Gemeinschaftsanlagen. Vorreiterrollen nehmen neben der Stromspar-Technik die bereits heute wirtschaftliche Kraftwärmekopplung und die Windkraft ein. Natürlich bestehen auch Risiken, wie der Eingriff in das Landschaftsbild, die Einzäunung der freien Landschaft bei Solarstromanlagen auf Freiflächen oder die Intensivierung des Maisanbaus für Biogas. Es gilt daher vorhandene, konfliktarme Potentiale wie Dach- und Fassadenflächen für Solarstromanlagen oder die Vergasung von biologischen Reststoffen auszuschöpfen.

### INTERVIEW

Mit Prof. Dr. Hubert Weiger, Vorsitzender des Bund Naturschutz in Bayern



» Wir stehen vor einer epochalen Weichenstellung: schaffen wir die politischen Mehrheiten für die Überwindung der atomaren und fossilen Großkraftwerkstechnologien? «

### Die Betreiber von Atomkraftwerken verweisen gerne auf die angebliche Wirtschaftlichkeit ihrer Anlagen.

Aber sie verschweigen die sogenannten „externen Kosten“ für Mensch und Natur. Die Haftungsfrage im Falle eines Super-GAU oder die Kosten für die Endlagerung werden größtenteils auf die Allgemeinheit abgewälzt. Jeder kann beim Umbau helfen: durch Wechsel zu Ökostrom, Stromsparen, Investieren in Erneuerbare Energien, Hausdämmen oder Nutzung der Sonnenwärme.

### Was wünscht sich der Bund Naturschutz von der SPD bei der Umsetzung der Energiewende?

Wir stehen vor einer epochalen Weichenstellung: schaffen wir die politischen Mehrheiten für die Überwindung der gefährlichen atomaren und fossilen Großkraftwerkstechnologien? Wären die wahren Umweltschadenskosten aus dieser Energieerzeugung im Preis der Kilowattstunde Strom und Wärme enthalten, wären die Erneuerbaren Energien schon jetzt wettbewerbsfähig. Die Offenlegung dieser Interessen und Machtstrukturen müssen wir vorantreiben. Atomkraft abschalten, Klimaschutz einschalten, Erneuerbare Energien naturverträglich ausbauen. Das sind unsere zentralen Forderungen – auch an die SPD.

## GASTBEITRAG

# FÜR EINE SICHERE, NACHHALTIGE, BEZAHLBARE ENERGIEVERSORGUNG

SPD-Fraktionen von Bundestag und Landtagen arbeiten zusammen für CO<sub>2</sub>-freie, auf erneuerbaren Energien beruhende Strukturen bis 2050.

Von Dr. Bärbel Kofler, MdB

Die SPD-Bundestagsfraktion entwickelt zur Zeit ein Energiekonzept. Darin formulieren wir die Eckpunkte einer sozialdemokratischen Energiepolitik für eine nachhaltige, bezahlbare und sichere Versorgung. Kern unseres Konzeptes ist der Dreiklang aus Erneuerbaren Energien, Energieeffizienz und Energieeinsparung. An diesem Konzept arbeiten Vertreter/innen der Landesparlamente mit – für Bayern Ludwig Wörner, MdL, energie- und umweltpolitischer Sprecher der Landtagsfraktion und die Generalsekretärin der BayernSPD, Natascha Kohnen, MdL.

Wir wollen die 1998 von der SPDgeführten Bundesregierung begonnene energiepolitische Wende fortsetzen und bis 2050 eine CO<sub>2</sub>-freie, auf erneuerbaren Energien beruhende Energieversorgung aufbauen. Dadurch werden wir die Belastung von Klima und Umwelt abbauen, Energieversorgung und Mobilität bezahlbar halten sowie neue Arbeitsplätze schaffen. Außerdem halten wir konsequent am Atomausstieg fest. Die Energieversorgung in Deutschland und Europa hat in den vergangenen Jahren ihre Struktur deutlich verändert. Strom und Gas werden zunehmend in den Wettbewerb überführt, Erneuerbare Energien ersetzen immer mehr fossile und nukleare Brennstoffe. Preisanstieg und Klimawandel rücken Effizienz und Sparen ins Zentrum aller Energiefragen.

Die SPD errichtet ihre Energiepolitik daher auf drei Säulen:

- Die Energie muss umweltverträglich erzeugt werden,
  - sie muss als Teil der Daseinsvorsorge für Verbraucher bezahlbar
  - und in der Versorgung sicher sein.
- Unter diesen Prämissen wollen wir den Umbau der Energieversorgung gestalten.

Eine Energiepolitik auf diesen drei Säulen muss langfristig angelegt sein und einen Pfad aufweisen, auf dem Wettbewerb und flankierendes staatliches Handeln konsequent in eine neue Zeit der Energieversorgung überführen. Dazu zählt auch die Unterstützung von Investitionen in den Ausbau dezentraler Energieversorgungsstrukturen wie flexibler Spitzen- und Mittellastkraftwerke bzw. Speichertechnologien sowie der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK). **Nachhaltige Energieerzeugung muss dezentral und kommunal sein.**

Mit unserem Energiekonzept werden wir eine Standortbestimmung der deutschen Energiepolitik vornehmen und Wege aufzeigen, wie wir den Wandel gestalten wollen. Eine Reihe von Entscheidungen müssen bereits in dieser Wahlperiode getroffen werden, weil sich ihre Wirkung erst über viele Jahre entfaltet und in wichtigen Bereichen wie z.B. dem Wohnungsbau und in der Mobilität die Entwicklungszyklen sehr lang sind. Wichtig ist auch, dass sich durch einen langen Vorlauf alle Beteiligten frühzeitig auf neue Entwicklungen einstellen können. ■



Dr. Bärbel Kofler, MdB, ist energiepolitische Sprecherin der bayerischen SPD-Landesgruppe im Bundestag

## JA ZUM ATOMAUSSTIEG! BAYERN ERNEUERBAR!

Haben Sie Interesse an Informationen aus dem Bayerischen Landtag? Nutzen Sie unser E-Mail-Abo oder unseren Newsletter. [www.bayernspd-landtag.de/service/](http://www.bayernspd-landtag.de/service/)

Informationen zu Klimaschutz, Energiepolitik und Atomausstieg können Sie per E-Mail bestellen: [atomausstieg@bayernspd-landtag.de](mailto:atomausstieg@bayernspd-landtag.de)



## JA ZUM ATOMAUSSTIEG!

Der Widerstand wächst, je näher die schwarz-gelben Pläne zur Verlängerung der Laufzeiten für Atomkraftwerke rücken.



**Atomausstieg. Großes Thema bei der Umweltmesse in Landshut. Bernhard Roos, Landtagsabgeordneter aus Passau (2. von rechts), stellte den Aufruf der SPD-Landtagsfraktion zur Massenpetition vor. Mit dabei: BayernSPD-Chef Florian Probold, MdB (3. von rechts)**

**Abschalten! Der beste Schutz vor den Risiken der Kernkraft. Die SPD-Landtagsabgeordneten Harald Güller und Dr. Linus Förster (2. u. 3. v. links) bei ihrer Aktion in Augsburg.**



**Noch maximal vier Jahre, dann muss Grafenheinfeld vom Netz. Wenn es nach dem Atomkonsens geht – und nach den unterfränkischen SPD-Abgeordneten. Von rechts am Tisch: Karin Pranghofer, MdL, Sabine Dittmar, MdL, Frank Hofmann, MdB, und Volkmar Halbleib, MdL.**

**Flammendes Rot gegen Atomkraft und Schwarz-Gelb. Der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Markus Rinderspacher, MdL, und BayernSPD-Generalsekretärin Natascha Kohnen, MdL (links neben dem „AKW“), bei der Menschenkette für den Atomausstieg auf dem Münchner Marienplatz.**



## Impressum

BayernSPD-Landtagsfraktion  
Maximilianeum  
81627 München  
[www.bayernspd-landtag.de](http://www.bayernspd-landtag.de)  
Redaktion: Jens Schlüter,  
Bernd Eichhorn (verantw.)  
© SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag 2010